

Der Rote Faden - Monatsbrief der SPD Lübeck

Ausgabe Februar 2022

Lieber Leserin, lieber Leser,
herzlich willkommen zur ersten Ausgabe unseres Monatsbriefes im neuen Format.
Hier möchten wir gebündelt einmal monatlich über das berichten, was uns und Lübeck beschäftigt.

Heute sind die Themen:

Pia Steinrücke wird neue Senatorin	2
Interview mit Pia Steinrücke.....	3
Flächennutzungsplan und Verkehrsentwicklungsplan.....	7
Schule und Corona: Wir wollen den größtmöglichen Schutz vor Coronainfektionen an Schulen	9
Update aus Berlin – Unser Bundestagsabgeordneter Tim Klüssendorf berichtet	11
Aus Europa: Nachhaltige Waldwirtschaft	13
Termine	16



Pia Steinrücke wird neue Senatorin

Auch die ersten Wochen des neuen Jahres brachten wegen der Pandemie wieder Zwänge, denen wir uns stellen müssen - Stichwort: Präsenzveranstaltungen. Dabei müssen wir vorläufig weiter „auf Sicht fahren“! Weiterhin müssen viele Veranstaltungen in Präsenz abgesagt werden, wie auch z.B. verschiedene Ausschusssitzungen. Die drei Wege aus der Pandemie: Impfen, impfen, impfen!

Eine besondere Bedeutung hatte die Wahl einer neuen Sozial- und Wirtschafts-

senatorin – hier konnten wir unsere Wunschkandidatin Pia Steinrücke (Foto oben) aus Lüneburg in einem transparenten Verfahren durchsetzen – oder besser gesagt: Pia setzte sich nach einer starken und souveränen Vorstellung mit 24 Stimmen in der Bürgerschaftssitzung am 27.1. 2022 durch:

„Herzlichen Glückwunsch Pia und Willkommen in Lübeck!“



Interview mit Pia Steinrücke

Interview mit Lübecks neuer Sozial- und Wirtschaftssenatorin Pia Steinrücke. Pia ist mit 24 Stimmen in der Bürgerschaftssitzung am 27. Januar 2022 gewählt worden. Die 49-jährige arbeitete bisher als Stadträtin für Bildung, Jugend und Soziales in Lüneburg. Am 1. Mai 2022 löst sie Sven Schindler ab, der sich beruflich nach 12 Jahren nochmal verändern möchte und nicht wieder angetreten ist. Auch an dieser Stelle sagen wir schon einmal „besten Dank lieber Sven“ für deine bisherige Arbeit.



Pia, stell uns doch zu Beginn „Pia“ aus deiner Sicht einmal kurz vor.

Ich bin 49 Jahre alt und lebe mit meinem Labradorhund Bruno und meiner 23-jährigen Tochter Louisa zusammen, die zur Zeit eine Ausbildung im UKE in Hamburg absolviert und ab September in England studieren wird. Privat bin ich einerseits gern in der Natur unterwegs. Ich wandere gern und fahre viel mit dem Fahrrad. Seit 1 ½ Jahren habe ich ein Lastenfahrrad, mit dem ich auch mal weitere Strecken mit Bruno fahren kann. Andererseits mag ich Städtetrips sehr gern. Berlin und Kopenhagen sind meine absoluten Favoriten. Ich bin großer Italienfan. Da ich gern koche, probiere ich gern alle möglichen italienischen Gerichte aus. Zur Zeit sind Südtiroler Spinat- und Rote Bete-Knödel mein Favorit. Meine liebsten Reiseziele für den Sommerurlaub sind die Toskana und Südtirol.

Was hat Dich besonders geprägt?

Was mich früh geprägt hat, war meine Situation als alleinerziehende, Vollzeit berufstätige Mutter. Hätte ich damals meine Familie nicht als Unterstützung gehabt, hätte ich diesen beruflichen Weg nicht gehen können. Aus heutiger Sicht hat meine Tochter sehr davon profitiert, eine Mutter zu haben, die für sich und die Kleinfamilie sorgen kann und muss. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen und insbesondere Frauen darin zu be-

stärken, dass Familie und Beruf vereinbar sind.

Wie sehen deine beruflichen Stationen bisher aus?

Ich habe nach einer Orientierungsphase nach dem Fachabitur Sozialarbeit an der Fachhochschule in Düsseldorf studiert und mit einem Diplom abgeschlossen. Nach dem Studium habe ich meine berufliche Laufbahn bei der Stadtverwaltung Bocholt beim Jugendamt, im Allgemeinen Sozialen Dienst begonnen. Nach vier Jahren als Sozialarbeiterin im Allgemeinen Sozialen Dienst wurde ich Teamleitung eines Sozialraumteams. Nach weiteren 3 Jahren habe ich die Leitung des Geschäftsbereiches Soziale Dienste übernommen. Da mir sowohl die Beratung als auch die Leitung und das Management Spaß gemacht haben, habe ich berufsbegeleitend sowohl ein Masterstudium Sozialmanagement an der Fachhochschule in Münster als auch eine Weiterbildung zur systemischen Beraterin beim KIB-Institut in Köln absolviert. Ende 2014 habe ich mich während der Erstellung meiner Masterarbeit auf die Fachbereichsstelle Soziales und Bildung bei der Hansestadt Lüneburg beworben. Dort bin ich nach einem erfolgreichen Auswahlverfahren im Mai 2015 diese Stelle angetreten. Ein Jahr später bin ich vom Rat der Hansestadt Lüneburg zur Sozial- und Bildungsdezernentin gewählt worden.

Du arbeitest ab Mai dieses Jahres als Sozial- und Wirtschaftssenatorin in Lübeck - hast Du das schon so richtig rea-

lisiert?

Ja, das habe ich. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe, auf die Stadt und die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung. Ich habe nach den ersten Gesprächen den Eindruck, dass ich gut in diese Stadt passe. Gerade bin ich intensiv auf Wohnungssuche und fahre so oft es geht nach Lübeck, um die Stadt und die Menschen besser kennenzulernen.

Warst Du schon mal in Lübeck?

Ja, schon mehrmals. Vor einigen Jahren mit meinen Freundinnen für ein Wochenende. Damals hat mir die Stadtführung durch die Altstadt gut gefallen. Seitdem ich in Lüneburg lebe, ist Lübeck immer mal wieder Ausflugsziel für einen Tagestrip gewesen. Dabei haben mich sowohl das Hansemuseum als auch das Willy-Brandt-Haus beeindruckt.

Wir war Dein erster Eindruck von der Lübecker Bürgerschaft?

Besonders fand ich, dass es sehr lebendig und quirlig war. Dass es kritische Stimmen gab, gehört dazu und macht deutlich, dass es eine sehr engagierte Bürgerschaft ist. Ich finde, das ist eine gute Basis für demokratische Entscheidungsprozesse. Persönlich hatte ich positive und freundliche Begegnungen, auch mit denjenigen, die mich nicht gewählt haben. Das ist doch erst einmal eine gute Basis für die zukünftige Zusammenarbeit.

Du wirktest bei Deiner Vorstellung sehr sicher und entschlossen, woher kommt das?

In der Tat war ich sehr entschlossen, die Bürgerschaft und im ersten Schritt die SPD von mir zu überzeugen. Wenn ich etwas möchte, wenn ich für etwas „brenne“, dann setze ich mich sehr entschlossen und klar dafür ein. So war es hier auch.

Dass ich sicher gewirkt habe, freut mich. Ich muss aber zugeben, dass ich vor der Bürgerschaftssitzung ganz schön aufgeregt war.

Du hast bei Deiner Vorstellung betont, dass „Teilhabe“ und „soziale Integration“ für Dich von zentraler Bedeutung sind - was meinst Du damit konkret?

Eine besondere Herausforderung in allen Themenfeldern und bei der Beteiligung ist es, diejenigen zu erreichen und zu überzeugen, die sich nicht dazugehörig und „abgehängt“ fühlen, die Politik und auch kommunalem Handeln misstrauisch und ablehnend gegenüberstehen. Diese Menschen mitzunehmen, ernst zu nehmen und sie zu überzeugen, ohne die eigenen Werte zu verraten, sehe ich als die notwendige Aufgabe in den kommenden Jahren, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten und gesichert bleibt. Diese Erkenntnis ist für mich wesentlicher Motor. Teilhabe für alle als Leitmotiv in der Stadtentwicklung, sei es beim Thema Bildung, Wohnen, Mobilität oder Arbeit – dafür setze ich mich ein.



Was waren in Lüneburg als Stadträtin Deine größten Herausforderungen?

Die größte Herausforderung war die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise. Ich war neu in der Stadt und im Amt und war gleich dafür verantwortlich, dass die Unterbringung und Integration der Geflüchteten gelingt und die Stadtgesellschaft diese Verantwortung mitträgt. Es ist uns gemeinsam gut gelungen. Wir haben innerhalb kürzester Zeit Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Wohneinheiten geschaffen, die Betreuungsquote der Flüchtlingssozialarbeit mit Landkreis und Land gut verhandelt und gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft ein Konzept „Integration und Teilhabe geflüchteter Menschen“ erarbeitet. Eine weitere Herausforderung war die notwendige Modernisierung des Dezernates, um den stetig wachsenden Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden. Ich habe eine umfassende Organisationsentwicklung initiiert und umgesetzt, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Dezernat. Eine große Herausforderung angesichts des angespannten Wohnungsmarktes war der Umgang mit einer mas-

siv steigenden Zahl an Wohnungslosen. Auch hier haben wir gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Interessenvertretungen ein Konzept und neue Wohnformen auf den Weg gebracht.

Was wird in Lübeck ähnlich wie in Lüneburg sein?

Auch in Lübeck werde ich u.a. mit den Themen bezahlbarer Wohnraum und Vermeidung von Wohnungslosigkeit befasst sein. Was meine Arbeit in Lüneburg besonders geprägt hat, ist eine vernetzte Herangehensweise an die Themen und über Zuständigkeitsgrenzen hinweg gut miteinander zu arbeiten. Als Senatorin für Wirtschaft und Soziales wird das wesentlich sein: die Themen verzahnt und nicht konkurrierend angehen und die Akteure mit ein binden.

Und was wird wohl ganz anders sein als in Lüneburg?

Privat wird es für mich anders sein, weil ich zum ersten Mal seit der Geburt meiner Tochter allein den Umzug nach Lübeck plane und meine Tochter nun ihre eigenen Wege geht. Für sie ist aber natürlich trotzdem ein Zimmer eingeplant. Für mich ist das ein Wendepunkt und auch nochmal ein Antrieb, in einer größeren Stadt wirken und leben zu können. Lübeck hat zwar viel Ähnlichkeit mit Lüneburg wirkt aber großstädtischer, was sich mit Sicherheit auch auf die Arbeit auswirken wird. Da Lübeck anders als Lüneburg kreisfrei ist, werde ich in Lübeck mehr und intensiveren Kontakt zur Landesebene haben. Die hatte ich in Lüneburg zwar

auch durch Mitgliedschaft in mehreren Gremien des Niedersächsischen Städtetages. In Lübeck wird es aber sicher direkter sein.

Was werden Deine ersten Schritte als Sozial- und Wirtschaftssenatorin sein?

Zunächst einmal freue ich mich darauf, die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung kennenzulernen und mich zu informieren, was aus ihrer Sicht ansteht. Auch freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den Senatorinnen, dem Senator und dem Bürgermeister.

Ich möchte gern alle Akteure, mit denen ich zusammenarbeiten werde, aus Wirtschaft und dem Sozialbereich kennenlernen und ins Gespräch kommen.

Thematisch werde ich mir zuerst die Abläufe und die Situation im Gesundheitsamt ansehen. Die Corona-Pandemie verlangt den Gesundheitsämtern bzw. deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel ab. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Stadtgesellschaft und die Wirtschaft werde ich mir ansehen und dies angehen.

Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ ist Dir besonders wichtig! Warum und was willst Du in dem Bereich machen, damit die Situation in Lübeck besser wird?

Wohnen ist ein Menschenrecht und günstiger Wohnraum sichert die Teilhabe. Über eigene Flächen und Steuerung über städtebauliche Verträge können wir eine Quote von 30 % sozialer Wohnungsbau sichern. Dies möchte ich gern gemein-

sam mit der Bausenatorin und dem Bürgermeister angehen. Als Wirtschaftssenatorin möchte ich zudem überprüfen, welche Anreize wir schaffen können, damit Unternehmen günstigen Wohnraum für ihre Beschäftigten schaffen können. Das

steigert die Attraktivität als Wirtschaftsstandort und sichert Teilhabe.

Wir bedanken uns für das Interview und wünschen einen guten Start.



Flächennutzungsplan und Verkehrsentwicklungsplan

Peter Petereit für die Bürgerschaftsfraktion

Es standen aber auch inhaltlich richtungsweisende Zukunftsentscheidungen in der Fraktion zur Diskussion an: Der Flächen-

Die Stadtverwaltung hat dazu unter Beteiligung unserer Bürger:innen vier verschiedene Szenarien entwickelt, wie wir verkehrs- und flächentechnisch in Zukunft aufgestellt sein wollen. Es kann kein weiter so geben. Wir wollen unsere Klimaziele erreichen und die Menschen

nutzungsplan und der Verkehrsentwicklungsplan!

mitnehmen. Dabei gilt es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem gerecht zu gestalten. Eine Herausforderung, die uns die nächsten Jahre begleiten wird. Diese Herausforderung zeigt sich bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans und des Verkehrsentwicklungsplans. Aktuell wer-

den die „Leitplanken“ für die weitere Entwicklung dieser Pläne diskutiert.

Ohne Wandel geht es nicht – gerade in der Verkehrspolitik. Für uns wird das Erreichen der Klimaziele der Gradmesser der weiteren Entwicklungen.

Beim Verkehrsentwicklungsplan wird es auf eine Reduktion des motorisierten (emissionsbelasteten) Individualverkehrs hinauslaufen müssen. Der Verkehrsmix ist in Richtung stärkerer Nutzung des Fahrrades und des ÖPNV und mehr Fußgänger:innen (mit zusammen etwa 71%) zu gestalten. Damit wäre der zu erzielende Verkehrsmix zu einem großen Anteil emissionsfrei – je nach Anteil der Elektrofahrzeuge! Je nach Anteil der Elektrofahrzeuge (die wir ebenfalls fördern und weiter fördern wollen) bei Bussen und PKW sowie LKW kann der Anteil der indirekt emissionsfreien Verkehrsteilnehmerarten auf 75 Prozent steigen. In dem von uns unterstützten Szenario sind 17 Prozent

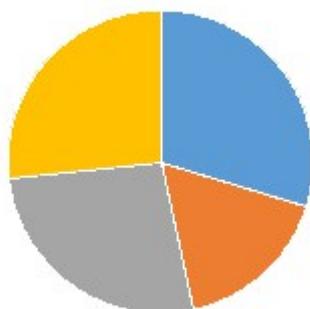
ÖPNV – hier können wir uns vorstellen, im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr einen noch stärkeren Anteil zu generieren.

Der Schwerpunkt unserer Politik „bezahlbarer Wohnraum“ erfordert aber noch ehrgeizigere Ziele bei der Flächennutzung. Dazu werden wir in Kürze unsere konkreten Vorschläge öffentlich machen.

Wie schon erwähnt: Viele Ausschüsse können derzeit wegen Corona nicht in Präsenz stattfinden. Das ist sehr schade, weil wir gerade z.B. im Kulturausschuss für Klarheit beim Thema „Restitution der offenbar unrechtmäßig in den Besitz der Völkerkundesammlung gelangten Objekte“ sorgen wollen.

Wir bleiben weiter dran und arbeiten kontinuierlich unseren „Roten Faden“ ab.

zukünftig denkbarer "Verkehrsmix"
im Rahmen der Verkehrsentwicklung in Lübeck



■ MIV ■ ÖPNV ■ Fahrrad ■ Fußgänger:innen

Schule und Corona: Wir wollen den größtmöglichen Schutz vor Coronainfektionen an Schulen

Kerstin Metzner, Wolfgang Baasch, Thomas Rother, unsere Mitglieder des Landtags

Der Zusammenhang zwischen Schulöffnungen und steigenden Infektionsraten ist leider nicht von der Hand zu weisen. Positivtestungen von Schüler:innen und Lehrer:innen und Inzidenzwerte sind zum Wiederbeginn des Schulbetriebes erheblich. Wir fordern, dass als Kriterien für das Umstellen auf Wechsel- oder Distanzunterricht auch die Lage vor Ort dient. Bildungsministerin Prien hat den Schwerpunkt mit einem ausschließlichen Blick auf Quarantänefälle falsch gesetzt, auch weil Quarantänemaßnahmen sehr unterschiedlich angewendet werden: In Kitas und Schulen kann je nach Entscheidung des örtlichen Gesundheitsamts fast völlig auf Quarantäne verzichtet werden.

Wie in der Vergangenheit soll die Präsenzpflicht auf Antrag der Eltern ausgesetzt werden können, Klassenfahrten sollten bis in den März nicht stattfinden. Tägliche, verlässliche Tests an Schulen müssen möglich werden. Wir müssen endlich flächendeckend PCR-Pooltests, sogenannte Lollitests, einsetzen. Es ist völlig unverständlich, warum sich Minister Garg hier sperrt – offensichtlich schaut das Ministerium auch hier eher aufs Geld als auf die Schutzbedürftigkeit der Kinder.

Kosten und Qualität sind leider vom Kita-bereich bis zu den Hochschulen ein gro-

ßes Problem. Hunderte Lehrkräfte im Land sind infiziert, tausende Schülerinnen und Schüler. Vor diesem Hintergrund wollen wir Schulen, Eltern und Kindern mehr Schutzmöglichkeiten geben.

Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich ein. Wir wollen mit Bildungsträgern, Bund und Ländern ein gemeinsames Konzept erarbeiten, das kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule garantiert. Das bedeutet auch, dass wir auf Länderebene voneinander lernen müssen. So lohnt zum Beispiel bei dem unseligen Kita-Gesetz in Schleswig-Holstein ein Blick ins benachbarte Mecklenburg-Vorpommern, wo nicht nur Kitas mittlerweile beitragsfrei gestaltet sind, sondern auch die Fachkräftegewinnung gute Fortschritte macht. Die Kieler Landesregierung agiert jedoch planlos. Erst auf den letzten Drücker hat sie eine „Allianz für Lehrkräftebildung“ ins Hochschulgesetz geschrieben. Damit ist eine Art Behörde gemeint, an der die lehrerbildenden Hochschulen und Lehrerbildungseinrichtungen wie IQSH und SHIBB beteiligt sind. Ein Programm ist damit nicht verbunden, das Gremium hat lediglich Arbeitskreischarakter.

Wir bekennen uns zum Atomausstieg und fordern eine nachhaltige und soziale Energiepolitik

Kerstin Metzner, Wolfgang Baasch, Thomas Rother, unsere Mitglieder des Landtags

Anlässlich der Schließung des AK Brokdorf erinnerte die SPD an ihre kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie, die bis weit in die siebziger Jahre zurückreicht. Viele unserer Mitglieder, darunter auch der Lübecker Abgeordnete Wolfgang Baasch, sind schon früh gegen Kernenergie auf die Straße gegangen. Unter Björn Engholm wurde im Norden der Grundstein für ein „Windenergieland Nr. 1“ gelegt. Schon damals war klar, dass wir ein Konzept für eine nachhaltige, sichere Energieversorgung brauchen. Nachdem unter Gerhard Schröder der Atomausstieg beschlossen wurde, gelang es der CDU unter Angela Merkel, die Uhren zurückzudrehen – es brauchte erst den mehrfachen Super-GAU von Fukushima, bis auch hier ein langsames Umden-

ken begann.

Die Folgen zeigen sich heute: Ein Blick auf die europäischen Strom-, Gas- und Ölpreise zeigt, dass mit einem teuren Winter zu rechnen ist. Praktisch alle Strom- und Gasanbieter haben Preiserhöhungen vorgenommen und weitere angekündigt. In Deutschland müssen Menschen im Dunkeln sitzen und frieren, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten können. Die neue Bundesregierung hat deshalb eine Initiative gestartet, Wohngeldempfänger:innen einen Heizkostenzuschuss zu zahlen. Zuschüsse der Länder können vom Bund erstattet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, hier zügig tätig zu werden und die neuen Spielräume zu nutzen.

Außerdem setzen wir uns für allgemein-



Foto von Philip Häniche und Anja Hagge

gültige Standards für Energielieferanten ein und dafür, dass die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis aufhört.

Dauerhaft lässt sich das Problem nur durch einen schnellen Ausbau Erneuerba-

rer Energien lösen, um endlich unabhängig vom teuren Import fossiler Energiequellen wie Öl und Gas zu werden! Auch das bringen wir voran.

Update aus Berlin – Unser Bundestagsabgeordneter Tim Klüssendorf berichtet

Tim Klüssendorf, unser Mitglied des Bundestags

Aus Berliner Sicht hat der Monat eine ganze Reihe an Ereignissen mit sich gebracht.

Den Jahresauftakt bildete für uns die Klausurtagung am ersten Januarwochenende, wo endlich erstmals mein komplettes Team in Präsenz zusammenkam. In Lübeck haben wir die Grundlagen für unsere Arbeit im Wahlkreis und in Berlin gelegt und ich bin sehr dankbar, ein solch starkes und diverses Team um mich herum zu wissen.

Danach ging es, wie im politischen Geschäft üblich, direkt Schlag auf Schlag. Neben der Beantwortung von unzähligen Bürger:innenbriefen, vor allem aber nicht nur zur aktuellen Corona-Politik, war es mir ein großes Bedürfnis, an der Lübecker Gegendemo des Bündnisses gegen die sogenannten Corona-Spaziergänge teilzunehmen. Mit über 2.000 Lübecker:innen haben wir ein klares Zeichen für Demokratie, gegen rechte Unterwanderung und für die solidarische Bekämpfung der Pandemie gezeigt. Ich bin sehr glücklich, dass so viele dabei waren und

wir zusammen friedlich für einen entschlossenen, umsichtigen und ernsthaften Umgang mit dem Infektionsgeschehen auf die Straße gegangen sind. Auch im Bundestag haben wir uns intensiv mit der Corona-Lage befasst, so fand unter anderem die erste Orientierungsdebatte bezüglich einer möglichen allgemeinen Impfpflicht statt. Aktuell tendiere ich zu einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren.

Weitere im Plenum vieldiskutierte Themen waren zudem die Verlängerung des Irak-Mandats, welcher ich nach langem Überlegen zugestimmt habe, sowie die aktuelle Lage an der ukrainisch-russischen sowie der polnisch-belarussischen Grenze.

Zudem wurde das Thema einer möglichen Wahlrechtsreform intensiv im Deutschen Bundestag thematisiert, hierzu habe ich mich wie folgend geäußert: „Es ist wichtig den Bundestag zu verkleinern, damit die Handlungsfähigkeit und Seriosität des Parlaments weiterhin bestehen können. Schließlich ist es für ein Land wie

Deutschland von höchster Relevanz, politische Entscheidungen zügig und mit einem vernünftigen, minimalen Maß an Bürokratie treffen zu können". Damit schließe ich mich der Forderung unserer Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) an und es kommt dank der Ampel-Koalition nun endlich Schwung in dieses wichtige Thema.

Gemeinsam mit unserer Lübecker SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidatin Sophia Schiebe habe ich mich klar zur durch die SPD-geführte Bundesregierung geplanten Abschaffung des §219a positioniert. Die Abschaffung von Paragraph 219a, dem Informationsverbot zu Schwangerschaftsabbrüchen, ist längst überfällig. Schwangerschaftsabbrüche müssen darüber hinaus endlich als medi-

zinische Grundversorgung akzeptiert werden, anstatt als Straftat behandelt zu werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch der §218 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und stattdessen im Schwangerschaftskonfliktgesetz verankert wird.

In der Ausschussarbeit wurden im Januar die Berichterstattungen vergeben. Ich freue mich sehr, dass ich im Finanzausschuss in den kommenden Jahren für die zentralen Themen Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Versicherungssteuer verantwortlich bin.

Am 27. Januar fand im Deutschen Bundestag die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Für mich



ein äußerst bewegender Moment, insbesondere der Holocaust-Überlebenden Dr. Inge Auerbach zuhören zu dürfen. Auch habe ich mich virtuell an der Gedenkminute des Lübecker CSD e. V. für die LSBTIQ*-Menschen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden, beteiligt.

Für unseren Wahlkreis habe ich mich, neben vielen persönlichen Gesprächen und Terminen, unter anderem in Sachen Herrentunnel intensiv eingesetzt: Ich werde eine Rücknahme des Herrentunnels in Bundeshände ins Gespräch bringen, sodass den gefühlt unendlichen Mautsteigerungen hoffentlich so zeitnah wie möglich ein Ende gesetzt werden

kann.

Wie immer gilt: #timistdeinabgeordneter und ich freue mich jederzeit über Eure und Ihre Kontaktaufnahme. Ganz besonders wichtig ist es mir, eine starke Stimme in Berlin für Lübeck, die Ämter Berkenthin und Sandesneben-Nusse und unsere Region zu sein. Es ist mir ein großes Anliegen, immer ansprechbar zu sein und im ständigen Dialog zu bleiben. Gemeinsam gilt es, alle Fördermöglichkeiten des Bundes auszuschöpfen, um unsere Region auch mithilfe von Bundesmitteln noch lebenswerter zu gestalten und den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Aus Europa: Nachhaltige Waldwirtschaft

Delara Burkhardt, unser Mitglied des Europäischen Parlaments

Wälder sind neben Wiesen und Mooren nicht nur unerlässlich für den Schutz von Tieren sowie Pflanzen und helfen uns Menschen zur Erholung. Sie sind ebenso wichtig im Kampf gegen den Klimawandel. Alleine innerhalb der EU bindet der europäische Wald ca. 9% der gesamten Treibhausgasemissionen. Andererseits ist der Wald aber auch einer der wertvollsten Wirtschaftspartner. Er macht in Europa fast 1% des Bruttoinlandsproduktes aus und bietet ca. 3 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Zunehmendes Profitstreben und Folgen der Klimaerhitzung führen aber dazu, dass der Wald vor immer größeren Herausforderungen steht.

Wie können wir unseren natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den Klima-

wandel aber unterstützen, um ihn gesund zu halten und für die immer neuen Aufgaben zu wappnen? Denn nur ein Zehntel von Schleswig-Holsteins Ökosystemen befindet sich aktuell in einem guten Erhaltungszustand. Ein Ansatz ist die sogenannte nachhaltige Waldwirtschaft, die Natürlichkeit und wirtschaftlichen Nutzen in Einklang bringt. Was aber versteckt sich dahinter?

Die Idee einer nachhaltigen Waldwirtschaft ist nicht neu. Sie feiert in Deutschland bereits ihr 300-jähriges Jubiläum und ist zunächst leicht zu verstehen: Um nachhaltige Nutzung handelt es sich dann, wenn immer nur so viel Holz entnommen wird, wie nachwachsen kann. Durch die Ungenauigkeit des Begriffs

„Nachhaltigkeit“ ist er jedoch schwer zu messen und klar abzugrenzen. Das zeigt sich heutzutage besonders, wenn der Begriff „Nachhaltigkeit“ Trend geworden ist und sich oft im Zusammenhang mit „Green Washing“ wiederfindet.

Trend hin oder her. Der Klimawandel stellt uns als Gesellschaft sowie den Wald als ökologisches System ständig vor neue Herausforderungen. Bezogen auf die Nutzung des Waldes heißt es, dass die alleinige Sicherung vom Rohstoff Holz für die nächsten Generationen nicht mehr ausreicht. Zuletzt versuchten die Vereinten Nationen 2007 in Rio den Begriff genauer zu definieren. Sie erklärten, dass ein Wald erst dann gesund ist, wenn er sich aus einer natürlichen Arten- und Waldstruktur zusammensetzt. Also so, dass er alle Baumarten, junge bis uralte Bäume und vor allem auch Totholz für

Mikrohabitate aufweist. Ein positives Beispiel dafür ist der Lübecker Stadtwald, der das Konzept einer „naturnahen Waldnutzung“ verfolgt. Sterbende Bäume sind hier eine Seltenheit. Durch den pflegsamsten Umgang sind die Bäume gegen die Herausforderungen des Klimawandels gewappnet und widerstehen Problemen wie dem Borkenkäfer und immer öfter aufkommender Trockenheit ohne Hilfe des Menschen.

Im Gegensatz dazu steht die nicht-nachhaltige wirtschaftliche Nutzung. Durch die Umwandlung von Urwäldern in Plantagen ist die Holzverarbeitung profitabler, da Bäume hier schneller wachsen als in natürlichen Wäldern. Allerdings sind sie durch das fehlende Unterholz und dem Bestand aus jungen Bäumen sehr anfällig für klimatische Herausforderungen. So nehmen ältere Bäume viel mehr



CO2 als junge auf und durch die „sterilen“ Plantagen können sich die Bäume gegen Ungeziefer wie dem Borkenkäfer nicht wehren, was zu einem Massenabsterben führt, das nicht so leicht aufgehalten werden kann. Außerdem verlieren immer mehr Tierarten ihre natürlichen Lebensräume. Eine nicht nachhaltige Bewirtschaftung zeigt sich aber auch durch Übernutzung, die durch eine unkontrollierte Abholzung im Kahlschlag enden kann, von dem sich der Bestand nicht mehr erholt. All diese Formen einer nicht nachhaltigen Nutzung führen zu einer Störung des Waldklimas und letztlich durch eine zunehmende Kohlenstofffreisetzung zu einer immer stärkeren Klimaerwärmung. Für unsere Erde ist das ein Teufelskreis!

Deswegen müssen wir sofort handeln. Unser Umgang mit dem Wald muss sich dramatisch ändern und wir müssen den Schutz der Natur mit einem wirtschaftlichen Nutzen in Einklang bringen. Mit meinem Gesetzesentwurf für entwaldungsfreie Lieferketten kann die EU einen Teil des Weges gehen. Damit will ich sicherstellen, dass für kein Produkt innerhalb der EU natürliche Wälder abge-

holzt oder geschädigt werden. Meine Forderungen hat nun die Europäische Kommission in ihrem eigenen Vorschlag aufgenommen. Der erste Entwurf sieht schon einmal vielversprechend aus. Und sobald wir als Sozialdemokrat*innen auch unsere letzten Forderungen im Entwurf unterbringen konnten, werden wir ein Lieferkettengesetz haben, das es schafft, die Zusammenhänge von Natur, der Verantwortung von Unternehmen sowie unserem Konsum ganzheitlich anzugehen. Außerdem werden gerade die Nachhaltigkeitskriterien für erneuerbare Energien in der EU neu verhandelt. Ich setze mich dafür ein, dass keine ganzen Bäume mehr zur Energiegewinnung verbrannt werden dürfen, sondern nur noch Holzabfälle, die nicht anderweitig ökologisch oder industriell verwertbar sind. Außerdem müssen wir dringend die Förderkriterien der EU-Agrarpolitik straffen. Zukünftig sollte es eine EU-weite Definition der naturnahen Waldwirtschaft geben, die verstärkt gefördert wird. So können wir die Wälder, unsere Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel, stärken.

Termine

Für Anmeldung und weitere Informationen: 0451 – 7027220, kv-luebeck@spd.de

Alle weiteren Termine finden sich auch immer auf unserer Homepage: <https://www.spd-luebeck.de/termine/>

Armutsbekämpfung, ein Gesamtkonzept für Moisling

Sandra Odendahl, Landtagskandidatin für Lübeck-Süd und Renate Prüß, Mitautorinnen des Positionspapiers „Die Zukunft: eine soziale Stadt Lübeck“ laden zu einem Fachgespräch, mit Vertreter:innen aus Kirche, Schule, DGB und dem Frauennetzwerk am Dienstag, den 15.02 um 18 Uhr in den Räumen der Wichern Gemeinde, Andersenring 29, 23560 Lübeck ein.

Die Veranstaltung kann aufgrund der aktuellen Situation [online verfolgt werden](#).

"Nachhaltige Forstwirtschaft und wie bedeutsam ist der Wald für das Klima?"

u.a. mit Delara Burghardt (MdEP), Sandra Redmann (MdL)

Samstag, 19.3. von 11-13 Uhr im Wald (genauer Ort folgt)

"Die Vernachlässigten: Generation Corona: Wie uns Schule und Politik im Stich lassen."

Im Gespräch mit dem Autoren und der starken Stimme einer empörten Generation: Dario Schramm, ehemaliger Bundes Schülersprecher und "Corona Abiturient" Freitag, 25.3. um 18 Uhr im Haus Eden, Königsstraße 25

Lesung

NSU: Der Terror von rechts und das Versagen des Staates

Prof. Tanjev Schultz, der als Redakteur der Süddeutschen Zeitung die NSU Prozesse begleitet hat und publizistisch durch Bücher und Interviews über Rechtsextremismus und die deutschen Sicherheitsbehörden hervorgetreten ist, liest aus seinem Buch und lädt im Anschluss zu einer Diskussion ein.

Die Lesung findet am 22.04.2022 um 19 Uhr in der Diele, Mengstrasse 41, 23552 Lübeck statt.